Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile $1\frac{1}{4}$ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 306. Montag den 4. November 1850.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Paris, 31. Oktober. Der General Neumeyer verweigerte die Annahme des ihm übertragenen Divisions-Kommando in Rennes und Nantes. Einem Gerüchte nach steht die Absetzung des Generals Perrots bevor.

Die Gesellschaft des „Dix Decembre" hat sich permanent erklärt.

In der Sitzung der Vertagungskommission verweigerte Baroche über die Absetzung des General Neumeyer Rede zu stehen, weil dieselbe eine administrative Maaßregel sei. Die Kommission nahm diese Antwort im Protokoll auf, faßte aber keinen Beschluß und vertagte sich bis Sonnabends. Der Kriegsminister Schramm war nicht anwesend.

3% 56, 95. 5% 92.

Hamburg, 2. November. Berlin-Hamburger 89. Köln-Minden $96\frac{5}{8}$.

Getreide unverändert. Oel p. November $23\frac{1}{2}$, p. Frühjahr $22\frac{1}{2}$. Kaffee unverändert. Zink 500 Ctnr. loco $9\frac{7}{8}$, 500 Ctnr. loco p. April $10\frac{1}{4}$.

Stettin, 2. November. Roggen p. November $34\frac{1}{2}$ Gld., p. Frühjahr $38\frac{1}{2}$ Br. Rüböl $11\frac{1}{3}$ bez., p. Frühjahr $11\frac{1}{2}$ Gld. Spiritus $21\frac{1}{2}$, p. Frühjahr $20\frac{1}{4}$ Br.

Frankfurt a. M., 2. November. Nordbahn $41\frac{1}{2}$. Wien $98\frac{5}{8}$.

Kassel, 2. November, Vormittags 10 Uhr. So eben sind mit der Eisenbahn Preußen vom 18. Regiment angekommen. Reiterei wird noch erwartet.

Kassel, 2. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Bis heute Mittag war das 18. Infanterie-Regiment, das 12. Husaren-Regiment und eine Batterie eingerückt. Das 4. Kürassier-Regiment, das 13. und 32. Infanterie-Regiment und eine Batterie wird noch erwartet. Oberst von Hann ist Kommandant der Stadt. Die Bürgergarde hält noch die Wache am Staatsschatze. In einem zu erwartenden Tagesbefehl soll Kurhessen als Freundes Land bezeichnet sein.

Hanau, 2. November. Der Kriegszustand ist hier verkündigt worden. Es ist anbefohlen worden, die Waffen binnen 12 Stunden abzuliefern.

Stuttgart, 1. November. Eine stärkere Einberufung der Beurlaubten ist befohlen.

Mailand, 31. Oktober. So eben ist Feldmarschall Radetzky durch den Telegraphen nach Wien berufen worden.

Amsterdam, 1. November. Integrale $56\frac{3}{8}$. Spanisch-inländische Schuld $33\frac{3}{8}$. $2\frac{1}{2}$% Metalliques $39\frac{7}{16}$. 5% Metalliques $73\frac{7}{8}$. 5% neue Metalliques $78\frac{9}{16}$. Russische 4% Hope (1840) $86\frac{1}{8}$. Neue russische Anleihe $94\frac{1}{16}$.

Preußen.

Berlin, 2. Novbr. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem königl. belgischen Artillerie-Hauptmann und Kommandanten der Pontoniere, de Thierry, den rothen Adlerorden dritter Klasse, dem Militärkommandanten der großherzoglich luxemburgischen Stadt Echternach, Major de Stuerler, und dem dortigen Fabrik-Direktor Karl Lamort den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem kaiserlich österreichischen Major, Freiherrn v. Hammerstein des 10. Husaren-Regiments, König von Preußen, den St. Johanniter-Orden, sowie dem Kreisgerichtsboten und Exekutor Christian Krause zur Warburg das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Angekommen: Se. Excellenz der wirkliche geheime Rath und Oberschloßhauptmann, Graf v. Arnim, von Blumberg.
Abgereist: Der Fürst Karl v. Lichnowski, nach Krzizanowitz.

Fürst von Warschau, Graf Paskewitsch v. Eriwan, kaiserl. russischer Gen.-Feldmarschall, zum Chef des 1. Inf.-Regiments ernannt. v. Trützschler, Major und Komdr. des herzogl. Anhalt-Bernburg. Füs. Bats., vorläufig auf 1 Jahr als etatsmäß. Stabsoffiz. beim 19. Inf.-Regt. angestellt. v. Liebermann, Major v. 19. Inf.-Regt. zum Komdr. des 2. Bats. 27. Ldw.-Regts. v. Bequignolles, Oberst u. Komdr. der 5. Inf. Brig., gestattet, die Unif. des Kaiser Franz Gren. Regts. beizubehalten, und soll derselbe bei diesem Regt. als aggr. geführt werden. v. Gellhorn, Pr.-Lieut. v. 7. Inf.-Regt., zum Hauptmann und Komp.-Chef. Kierstein 1., Sec.-Lt. von dems. Regt., z. Pr.-Lt. Baron v. Bock, v. Gerhardt, P. Fähnrs. vom 11. Inf.-Reg., zu Sec.-Lts. ernannt. Baron v. Buddenbrock, P.-Fähnr. v. 1. Kür.-Regiment., zum 4. Hus.-Regt. v. Itzenplitz, P.-Fähnr. v. 4. Hus.-Regts., als Sec.-Lieut., z. 7. Kür.-Regt. versetzt. Malisius, Stöckel, v. Below, Laube, Herz, Dresow, P.-Fähnr. vom 22. Inf.-Regt., letztere beide als überzählig. Frhr. v. Stillfried-Rattonitz, v. Grumbkow, Wolff, P.-Fähnrs. vom 23. Inf.-Regiment, zu Sec.-Lieuts. v. Lippa, P.-Fähnr. vom 2. Ulanen-Regimen, zum überz. S.-Lt. ernannt. Grf. zu Stolberg-Wernigerode, Sec.-Lt. v. 2. Bat. 3. Garde-Ldw.-Regts., ins 23. Infanterie-Regiment versetzt. v. Winning, Major und Komdr. des 2. Bats. 27. Regts., vorläufig auf 1 Jahr als Komdr. beim herzogl. Anhalt-Bernburg. Füs.-Bat. angestellt. Fürst zu Salm-Reifferscheid-Dyck, Oberst, unter Entbindung von dem Verhältniß als Führer des 2. Aufgebots vom Landwehr-Bataillon 39. Infanterie-Regiments, zum Chef des 17. Landw.-Regiments ernannt. Gr. Schweinitz, Major a. D., zuletzt Hauptm. und Komdr. der 8. Jäger-Abth., zum Führer des 2. Aufgebots vom Landw.-Bat. 38. Infanterie-Regiments, v. Hochberg, Sek.-Lieut. vom 1. Bat. 22. Regts., zum Pr.-Lieut. ernannt. Lehmann, Maj. vom 12. Inf.-Regt., mit der Regts.-Uniform mit den vorschr. Abz. f. V. und Pension, der Abschied bewilligt. v. Keßlitz, Hauptm. vom 23. Inf.-Regt., mit der Regts.-Uniform mit den vorschr. Abz. f. V. und Pension, der Abschied ertheilt. v. Pöllnitz, aggr. Pr.-Lt. vom 2ten Ulanen-Regt., mit Pension zur Disposition gestellt. v. Gellhorn, Pr.-Lieut. zur Dispos., zuletzt im 6. Hus.-Regt., als Rittmstr. mit der Regts.-Unif. mit den vorsch. Abz. f. V., Aussicht auf Civilversorgung und seiner bish. Pension, der Abschied bewilligt. (Militär-Wochenbl.)

Berlin, 2. November. [Der Ministerrath.] Die ministerielle „Reform" enthält folgende wichtige Mittheilung: „Wir fühlen die Pflicht, der gespannten öffentlichen Erwartung mit einigen Andeutungen über den Ausgang der heutigen Kronberathung entgegenzukommen, einer der wichtigsten Berathungen, welche seit geraumer Zeit stattgefunden haben. Schwerlich mag wohl das Novemberministerium selbst in den schlimmsten Tagen, welche es in der nun fast zweijährigen Zeit seiner patriotischen Dienste durchzumachen gehabt, die Gewalt seiner Verantwortlichkeit so ernst und schwer empfunden haben; denn es handelte sich heute darum, ob Preußen, Angesichts eines Konflikts, welcher an einem Punkte des deutschen Vaterlandes jetzt fast unvermeidlich erscheinen kann, sofort die Anstalten zu einem allgemeinen europäischen Kriege treffen sollte. — Daß Preußen der Besetzung Kurhessens durch baierische Truppen nicht ruhig zusehen dürfe, war wiederholt und klar ausgesprochen worden, und wäre es auch nicht ausgesprochen gewesen, es wäre an und für sich unmöglich. Aber sollte man nach dem hoffnungvollen Ausgange der eben beendigten Verhandlungen über die allgemeine deutsche Frage nichtsdestoweniger in dem möglichen kurhessischen Konflikt noch die ganze Bedeutung dieser deutschen Frage überhaupt erblicken? Oder war es gestattet, zwar das Recht und das unmittelbare Interesse Preußens in Kurhessen zur Geltung zu bringen, und doch gleichzeitig die friedlichen Hoffnungen im Ganzen zu bewahren, welche durch das Entgegenkommen der Mächte bei den neuesten Konferenzen begründet worden? Dies waren die Fragen, welche den ganzen Ernst und die ganze Besonnenheit unserer Staatslenker in Anspruch nahmen, und in deren Beantwortung der gewiß gleich große Patriotismus derselben leider sich nach verschiedenen Richtungen theilte. — Es ist allerdings schwer, sich mit voller Zuversicht den friedlichen Versicherungen anzuvertrauen, wenn doch in der wichtigsten augenblicklichen Frage dem einseitigen Vorgehen nicht entschieden Halt geboten wird, obgleich freilich diese Frage durch die eingetretene Milderung des in ihr bisher im Vordergrunde stehenden allgemein-deutschen Moments an und für sich einem gemeinsamen Handeln Raum geben dürfte. — Niemand im Rathe der Krone konnte der Ansicht sein, daß Preußen nicht sofort seine Operationsmaßregeln in Kurhessen zu beginnen hätte: überdies traf schon während des Ministerraths die Nachricht ein, daß die Truppenabtheilung des Generals Tietzen bereits in Kurhessen eingerückt sei und daß Kassel am heutigen Abend von preußischen Truppen besetzt sein würde. Gleichzeitig brachten anderweitige Nachrichten die Versicherung, daß die baierischen Truppen selbst den Zusammenstoß vermeiden würden. — Unter solchen Umständen, besonders im Hinblick auf die eben erst neu belebten Hoffnungen eines freundschaftlichen Einverständnisses waren die Räthe Sr. Majestät ihrer Mehrzahl nach nicht der Ansicht, daß es an der Zeit sei, sich durch eine Mobilmachung der ganzen preußischen Armee nebst der Landwehr zu einem allgemenen Krieg bereit zu machen und den Ausbruch desselben herbeiführen zu helfen. Von kompetenter Seite mußte besonders geltend gemacht werden, daß schon die Einberufung den Krieg selbst unfehlbar und unvermeidlich nach sich ziehen würde. — Vor kurzer Zeit vielleicht wäre dieser Entschluß nichtsdestoweniger nothwendig gewesen: nach dem Charakter und Resultat der neuesten Verhandlungen aber schien er nicht nothwendig, — und da er eben noch nicht unabwendbar war, schien das allgemein europäische Interesse ebenso, wie das preußische, ihn zu untersagen. — Leider ist unter den Räthen der Krone darüber eine Scheidung eingetreten, welche zum Bedauern derselben eine bleibende Folge haben dürfte, aber was immer in Bezug auf die Personen erfolge, wir hoffen, daß die Sache, für welche allein beide Theile, wenn auch mit verschiedenen Mitteln, einzustehen gedachten, daß die Ehre und das Interesse Preußens auf dem Wege des Friedens eben so sicher gewahrt werde, wie man es andererseits durch den Krieg zu wahren bemüht war. — Nicht in der Auffassung des preußischen Interesses gingen die Ansichten auseinander, sondern nur in der Auffassung der jetzigen Bestrebuugen der fremden Mächte. Gott wolle, daß diejenigen Recht behalten, welche Vertrauen hegten: wäre das Mißtrauen berechtigt gewesen, so würde Gott wenigstens auch bei späterer Enttäuschung die Vertrauenden nicht zu Schanden werden lassen.

Berlin, 2. Novbr. **Der heutige Ministerrath währte bis spät in den Nachmittag hinein.**

Das bereits in der Stadt vielfach verbreitete Gerücht von der Einreichung der Demission des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten müssen wir leider bestätigen.

Das gleichzeitig verbreitete Gerücht, daß ein früherer diesseitiger Gesandter in Paris und Wien, welcher später kurze Zeit Minister der auswärtigen Angelegenheiten war, wieder zu diesem Posten berufen sei, ist völlig unbegründet.

Der Ministerrath tritt morgen Vormittag wieder zusammen. (Reform.)

□ **Berlin**, 2. Novbr. [Der Sturz der preußischen und deutschen Politik.] Das Ergebniß der Warschauer Konferenz lastet heute wie ein drückender Alp über der ganzen Bevölkerung. Man hatte nicht geglaubt, daß Preußen auf diese Weise aus der russischen Vermittelungs-Instanz und aus der Differenz mit Oesterreich hervorgehen werde. Der gestrige Abend-Artikel der „Deutschen Reform", (S. die gestrige Zeitungsnummer) der das ministerielle Wohlgefallen an diesem Resultat ausbeuten und verkündigen mußte, kann als das Programm für die neuen Schwenkungen des Ministeriums und für die noch unberechenbaren Demüthigungen Preußens angesehen werden. Von den nationalen Forderungen und Rechten, von denen noch vor Kurzem die diplomatische Sprache Preußens stolz angeschwellt wurde, ist keine Rede mehr, und es werden nur die „schweren Opfer" erwähnt, welche die Regierungen jetzt gebracht hätten, um zu diesem als so glänzend gerühmten Austrag ihrer bisherigen Verwickelungen zu gelangen. Diese Opfer möchten allerdings auf Seiten Preußens am schwersten wiegen. Denn für Preußen ist jeder prinzipielle Rückschritt zugleich eine Schwächung seiner innersten Staatsgewalt und eine verderbliche Verrückung seiner historischen Aufgabe und Größe. **Die heut in der Stadt herrschende Stimmung ist beispiellos niedergeschlagen und erregt zugleich. Man war auf einen so plötzlichen Umschlag der preußischen Ministerial-Politik nicht gefaßt, und sieht sich mit der National-Ehre selbst in Konsequenzen hineingezogen, die nimmer zu etwas Gutem und Heilsamen führen können.**

≏ **Berlin**, 2. November. [Unsere gegenwärtige Situation] ist der Art, daß sie keine Illusionen mehr zuläßt: um endlich aus den fortdauernden Konflikten herauszukommen, giebt Preußen seine ganzen bisherigen Bestrebungen für eine Herstellung deutscher Einheit auf, und setzt der Reorganisirung der früheren Bundestagsverhältnisse keine ferneren Hindernisse entgegen. Um die Rückkehr zu diesen Verhältnissen zu vermitteln, hat die preußische Regierung s. g. freie Konferenzen vorgeschlagen, die also nur ein Durchgangsstadium bilden sollen, bestimmt für eine Vereinbarung über die Bedingungen einer Wiederherstellung des Bundestages selbst. Oesterreich schien sich anfänglich zu weigern, dieses Mittelglied noch erst zu acceptiren, verlangte vielmehr eine einfache und sofortige Rückkehr zum Bundestage; da Rußland jedoch in diesem Falle auf Seiten Preußens trat, so ist nunmehr in die freien Konferenzen gewilligt, und es ist nur noch die Frage wegen des Ortes und des Vorsitzes streitig. Hinsichtlich des ersteren dürfte die preußische Ansicht wohl durchdringen und Dresden gebilligt werden, in der Frage wegen des Vorsitzes scheint Oesterreich aber bisher nachzugeben nicht gewillt. Ich muß jedoch noch einmal hervorheben, daß diese freien Konferenzen durchaus nicht mit dem Bundestage selbst zu verwechseln sind, sie haben vielmehr nur den Zweck, wenn man so sagen will, die Brücke zu bauen, auf der für Preußen und die übrigen Unionsstaaten der Uebergang in das bundestägliche Heerlager ermöglicht werden soll. Es bedürfte demgemäß, ehe man sich auf die freien Konferenzen einließ, wenigstens einer vorläufigen Feststellung der Grundprinzipien, nach denen das Bundesverhältniß rekonstituirt werden sollte. Eine Einigung hierüber herbeizuführen war der Zweck der sechs Propositionen, welche Graf Brandenburg nach Warschau mitnahm. Diese Propositionen betrafen: **1) Preußen willigt in die Vertagung der ganzen Fortbildung der Union und aller damit zusammenhängenden Verhältnisse, 2) es willigt in den Eintritt des gesammten österreichischen Kaiserstaates, mit Ausnahme des italienischen Landestheiles, in den deutschen Bund, 3) es willigt in einen Fortfall jeder Volksvertretung bei dem Bunde; es verlangt dagegen 4) eine Trennung der legislativen und exekutiven Bundesgewalt, 5) einen Wechsel im Vorsitz für Oesterreich und Preußen, und endlich 6) die Befugniß für die einzelnen zum Bunde gehörigen Staaten, sich nach Belieben enger mit einander zu uniiren.** Die Bedeutung dieser sechs Vorschläge ist ziemlich klar, wie es auch leicht erklärlich ist, daß Oesterreich die ersten drei Zugeständnisse bereitwillig acceptirte, auch die sub 4 gestellte Forderung bewilligte, da dieselbe offenbar den Zweck hatte, eine Art dualistischer Centralgewalt, wie jetzt in der Central-Bundes-Kommission, fortbestehen zu lassen; die beiden letzten Forderungen sind dagegen bis jetzt noch entschieden zurückgewiesen, und sie werden ihre Erledigung wahrscheinlich erst durch die freien Konferenzen finden. Das Genauere über diese festzustellen, und namentlich die Frage wegen des Ortes und des Vorsitzes für diese Konferenzen zu entscheiden, ist der nächste Zweck des unter dem Vorsitz des Königs heute gehaltenen Minister-Konseils, der noch in diesem Augenblicke fortdauert. Von diesen hier näher bezeichneten Vorschlägen ist endlich noch als gesonderte preußische Proposition der Vorschlag zu trennen, für die nächsten beiden brennenden Tagesfragen, die kurhessische und die schleswig-holsteinsche, Spezial-Konferenzen zu veranstalten. Oesterreich scheint aber gefühlt zu haben, daß es durch ein Eingehen hierauf dem Bundestage die rechtliche Basis entzöge, und daß es, wie bei dem früheren Vorschlage wegen Einsetzung einer gemischten Verwaltungs-Kommission für das Bundes-Eigenthum, auf den entschiedensten Widerspruch seiner Mitverbündeten stoßen werde, und es hat, hierin unterstützt von Rußland, diesen Vorschlag auf das Bestimmteste zurückgewiesen, so daß er als aufgegeben bereits zu betrachten ist. Hieraus wird man die gegenwärtige Lage der Dinge ziemlich genau erkennen. Hieran knüpfen sich nun zwei Fragen von gleich großer Wichtigkeit, und mit beiden beschäftigt sich das Publikum in der Form von Gerüchten heute um so mehr, da das Ergebniß des heutigen Ministerrathes bis diesen Augenblick noch nicht bekannt ist. Die eine geht dahin: ob es möglich sei, daß das gegenwärtige Ministerium nach allen seinen bisherigen Kundgebungen dieser Rückkehr zum Bundestage die Hand bieten könne. Die allgemeine Annahme entscheidet sich für eine Verneinung dieser Frage, und man spricht heute deshalb bereits von einer völligen Neugestaltung des Ministeriums, bei der wahrscheinlich Graf Arnim-Boytzenburg den Vorsitz übernehmen werde. Die zweite Frage beschäftigt sich mit der Zusammenberufung der Kammern. Man will in Anbetracht der Bestimmung der Verfassung, wonach dieselben stets im November zusammentreten müssen, und in Anbetracht, daß König und Minister die Verfassung beschworen haben, noch nicht recht daran glauben, daß diese Einberufung vorläufig noch hinausgeschoben werden könne; ein Gerücht, welches dies besagt, ist heute aber ziemlich allgemein verbreitet.

≏ **Berlin**, 2. Novbr. Abends 9 Uhr. [**Der heutige Ministerrath] währte von 11 bis 5 Uhr und ist jetzt spät Abends noch einmal aufgenommen. Durch das Einrücken der Baiern in Hessen scheint die Situation plötzlich wieder verändert. Graf Gröben hat Befehl durch den Telegraphen erhalten, ein Vorrücken der Baiern über die Provinz Hanau hinaus mit Gewalt zu verhindern. Eben soll hier eine telegraphische Nachricht eingegangen sein, der zufolge die Preußen in Kassel eingerückt sind.** (S. oben die telegr. Korresp. aus Kassel.) Von der veränderten Situation giebt unter Anderem auch der in Form eines förmlichen kriegerischen Manifestes gekleidete Leitartikel der ministeriellen „Deutschen Reform", die gestern so friedliche Versicherungen brachte, Zeugniß. Dieser Leitartikel, dessen auch schon unsere telegr. Depesche in der gestrigen Zeitung Erwähnung that, lautet wörtlich:

„Berlin, den 2. Nov. Als wir gestern die Zeilen niederschrieben, in welchen wir die nach dem Charakter und den Resultaten der Warschauer Konferenzen zu hegenden Erwartungen in Bezug auf eine friedliche Lösung der schwebenden Fragen anzudeuten versuchten, glaubten wir nicht, daß sobald, daß wenige Stunden darauf eine Nachricht hier eingehen würde, welche den friedlichen Bemühungen der Großmächte zum Trotz die kriegerischen Aussichten begünstigen könnte. Die Depesche, welche das Einrücken der Baiern in Hanau meldet, hat die Möglichkeit eines Konflikts wieder in unmittelbare Nähe gebracht, eines Konflikts, welchen Preußen im allseitigen Interesse vermieden wissen möchte, welchem es aber nicht aus dem Wege gehen kann, wenn man denselben, wie von jener Seite her, mit Uebermuth provozirt.

Wir können nicht umhin, noch jetzt der Zuversicht Raum zu geben, daß die Bereitwilligkeit zu gemeinschaftlichem Handeln zwischen den Großmächten auch dort noch rechtzeitig die geschehene Provokation gut machen werde, — wir müssen noch glauben, daß nur die Ungeduld einer untergeordneten Macht, welche bei dem erstrebten friedlichen Vergleich der Hauptmächte nicht die Rechnung ihrer Partikularzwecke fände, daß die einseitige Uebereilung Baierns die Schuld an dem vollbrachten Einmarsch trage. Aber wie dem auch sei: dieser Einmarsch ist von Seiten unserer Regierung als das Signal des thatsächlichen Einschreitens Preußens angekündigt worden, und, wie gern dieselbe auch der friedlichen Hoffnung allein Raum geben möchte, so will und darf sie doch darüber die unmittelbaren Pflichten, welche ihr Preußens Stellung gebieterisch auferlegt, nicht in ungerechtfertigtem Vertrauen bei Seite setzen.

Bereits gestern sind nach dem Eingang der erwähnten Depesche die gewichtigsten Berathungen bei Sr. Majestät dem Könige gepflogen worden; heute in aller Frühe haben sich die Räthe der Krone wieder zu Sr. Majestät begeben; wir dürfen vertrauen, daß sie in besonnener Entschlossenheit die Rechte und Interessen Preußens in Deutschland aufrecht zu erhalten wissen weeden."

§§ **Berlin**, 2. Novbr. [Die Instruction an Gröben.] Durch telegraphische Depesche wissen wir heute, daß ein bairisch-österreichisches Armeekorps in die Provinz Hanau eingerückt ist. Andere Nachrichten melden, daß die Preußen ihrerseits Kassel und Fulda besetzt haben. (S. die telegr. Corr.) Es stimmt dies überein mit einem scheinbar sehr geharnischten Artikel der Neuen Preuß. Zeitung von diesem Abend. Das edle Organ der äußersten Rechten ergießt nämlich seinen ganzen Zorn über die Anmaßung Baierns, das vor einem Jahre noch selbst der Rettung bedürftig, heute ein wenig „Großmacht" spiele, und spricht, daran anknüpfend, die Erwartung aus, die preußische Regierung werde nicht zugeben, daß die Frankfurter Coalition anders als gemeinsam mit Preußen intervenire. Also wir sind doch jetzt darüber belehrt, zu welchem Grade von Energie die Herren v. Gerlach und Genossen sich aufzuschwingen vermögen, wenn es gilt, Preußens Stellung als Großmacht unbefugten Eingriffen gegenüber zu wahren. Wir nehmen Akt von diesem Programm, um zuweilen daran zu erinnern, wenn die N. Pr. Ztg. wieder als Vorkämpfer der preußischen Interessen und der preußischen Ehre gegenüber den „deutschen Einheitsutopien" auftreten will. Ergänzt wird jene Kraftanstrengung durch eine andere Mittheilung desselben Blattes, derzufolge General Gröben die Besetzung der Provinz Hanau nicht verhindern, die der Provinzen Kassel und Fulda hingegen zurückzuweisen instruirt sein soll. Das erinnert an die Warschauer Konferenzen und besonders an die zweite „mildernde" Note Rußlands, welche darauf hinweist, daß es ja kein großes Uebel wäre, wenn 6000 Baiern gleichzeitig mit den Preußen in Hessen einrückten. Mit der Instruktion Gröbens kann es deshalb sehr wohl seine Richtigkeit haben, da man, bei den bekannten Zerwürfnissen zwischen Preußen und Baiern, es so eingerichtet haben wird, daß zwar eine gemeinsame Intervention der beiderseitigen Armeen, nicht aber ein gemeinschaftliches Operiren stattfinde. — Indem wir nun diese traurigen Nachrichten einregistriren, ist es an der Zeit, zu erklären, woher diese neue Nachgiebigkeit des Herrn v. Radowitz, die in so krassem Widerspruche mit den jüngsten Noten steht, eigentlich herrührt. Jene Noten abstrahiren bekanntlich ganz von der Stellung Kurhessens zur Union. Die eine sagt: Preußen erkennt die in Frankfurt tagende Versammlung nicht als Bundestag an, spricht den dort gefaßten Beschlüssen die Gültigkeit von Bundesbeschlüssen ab und wird nicht zugeben, daß derselbe als solcher in den Staaten, die in Frankfurt nicht vertreten sind, zur Ausführung gebracht werden. Darauf antwortet der Bundes-Klub sehr richtig: Kurhessen ist in Frankfurt vertreten, hat sich den Frankfurter Beschlüssen freiwillig unterworfen, also tritt hier der Fall nicht ein, für welchen Preußen mit einem factischen Widerstande gegen die Bundesbeschlüsse gedroht hat. In einer andern Note des Hrn. v. Radowitz ist allerdings von den speziellen preußischen Interessen die Rede, es handelt sich jedoch da nur von den Etappenstraßen und deren Wichtigkeit für die Verbindung zwischen den verschiedenen Gebietstheilen des preußischen Staates. Auch darauf entgegnet die Frankfurter Versammlung ebenfalls zutreffend: wir wollen Preußen auch gar nicht seine Etappenstraßen nehmen, es mag dieselben ruhig in Uebereinstimmung mit den bestehenden Verträgen benutzen. Was bleibt also Preußen hiernach nur noch zu erwidern übrig? Nur die einzige Erklärung, die es aber nicht abgegeben hat, nämlich die, daß Preußen nicht dulden werde, daß eine Versammlung, genannt Bundestag, die am 12. Juli 1848 sich rechtlich aufgelöst, fürder über die Geschicke deutscher Staaten entscheide. Aber, wie gesagt, dieser einzig stichhaltige Grund ist von Hrn. v. Radowitz nicht vorgeschoben worden und so ist denn abermals eine starke Position aufgegeben und verloren.

[Der gestrige bereits erwähnte Ministerrath] währte von 12 bis 4 Uhr; Se. kgl. Hoheit der Prinz von Preußen wohnten demselben bei. Unzweifelhaft scheint es zu sein, daß eine Einigung über die Beantwortung der berathenen Fragen nicht erreicht worden ist und daß man auf die Einholung des Willens Sr. Majestät des Königs gedrungen hat. Denn bereits um 5 Uhr begaben sich Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen, obwohl Höchstdieselben den Empfang von 2 Bataillonen Höchstihres (des 7. Infanterie-) Regiments zugesichert hatten, mit den sämmtlichen Ministern nach Sanssouci, wo unter dem Vorsitz Sr. Majestät des Königs der Ministerrath sofort zusammentrat. Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen verließ erst kurz vor Abgange des letzten Bahnzuges (10 Uhr) Sanssouci. Gewiß ist, daß definitive Beschlüsse auch hier noch nicht gefaßt sind, daß vielmehr zu deren Herbeiführung ein abermaliger Ministerrath für heute anberaumt wurde, der auch um 10 Uhr Vormittags unter dem Vorsitze Sr. Majestät im Schlosse Bellevue eröffnet wurde. (N. P. Z.)

C. C. **Berlin**, 2. Novbr. [Fürstenkollegium. — Die hohenzollernschen Länder. — Ein Gutachten über die Disziplinar-Verordnung.] Die gestrige 41ste Sitzung des Fürstenkollegiums war ihrem größeren Theile nach abermals eine vertrauliche. Außerdem wurde die fürstlich Waldecksche Erklärung auf das preußische Votum wegen der Union mitgetheilt. Sie lautet zustimmend, wie die frühern Erklärungen. — Wie wir schon früher gemeldet, dürfte die Regulirung der Vertretung der hohenzollernschen Länder in den Kammern gleich nach der

Einberufung dieser letztern erfolgen. Wir hören, daß zu diesem Behufe den Kammern drei Gesetzentwürfe werden vorgelegt werden, von denen der erste die Zahl der Mitglieder der zweiten Kammer von 350 auf 352 erhöht, der zweite die Anwendung des Gesetzes vom 30. Mai v. J. über die Wahlen zur zweiten Kammer auf die hohenzollernschen Fürstenthümer ausspricht und regelt. Der dritte endlich eine vorläufige Vertretung derselben in der ersten Kammer bis zum Eintritt des im Art. 66 der Verfassungs-Urkunde bezeichneten Zeitpunktes anordnet. Bis dahin wird also auch die jetzige Zahl der Mitglieder der ersten Kammer von 180 auf 181 erhöht. Eine besondere aus der Natur der Verhältnisse fließende Bestimmung der vorzulegenden Gesetze ist der Ausschluß des aktiven Militärs von den Wahlen, weil nämlich in den hohenzollernschen Ländern bis jetzt blos Militär der altländischen Provinzen steht, welches sein Wahlrecht bereits in letztern ausgeübt hat. — Seitens des Staatsministeriums war der Disziplinarhof aufgefordert worden, sich über die Abänderungen und Ergänzungen der Disziplinar-Verordnung vom 11. Juli 1849, welche sich durch die bisherige Erfahrung als wünschenswerth herausgestellt haben, gutachtlich zu äußern. Dieses Gutachten ist jetzt abgegeben und zur weiteren Berathung im Staats-Ministerium gelangt.

Bis heute ist noch nichts darüber bestimmt, ob und wann Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen Berlin verlassen wird. Es ist leicht möglich, daß der Prinz den Winter über in Berlin verbleibt. — Die Reise Sr. kgl. Hoheit des Prinzen Albrecht nach Warschau ist fern von allen politischen Motiven. — Die diplomatische Stellung des Herrn v. Persigny am hiesigen Hofe soll in unterrichteten Kreisen als beendet angesehen werden. (C. B.)

Am 31. v. Mts. kamen hier 653 Personen an und reisten 560 ab. Angekommen der königl. dänische Kabinets-Kourier Schütz von Kopenhagen. Abgereist der k. k. österreichische Kabinets-Kourier Leinweber nach Frankfurt a. M. (C. C.)

Koblenz, 31. Oktober. [Militärisches.] Abermals ist unsere Garnison in Bewegung gesetzt und die Truppenmärsche durchkreuzen sich. Heute Morgen brach, nach plötzlich eingegangenem Befehle das Füsilier-Bataillon des 25. Regiments von hier nach Kreuznach auf, und haben die beiden anderen Bataillone desselben Regiments die Weisung erhalten, den 4. November ebenfalls nach Kreuznach zu marschiren. Auch die erst vor wenigen Tagen von da hier eingetroffene mobile reitende Batterie Nr. 40 wird, in Folge des an dieselbe ergangenen Befehls, morgen, oder spätestens den 2. November von hier entweder nach Kreuznach oder nach Wetzlar sich begeben. Als Ersatz für die von hier abziehende Infanterie wird von Köln das 15. Inf.-Reg., oder nur ein Theil desselben, hierher kommen, auch sollen noch in der Ausbildung begriffene Rekrutenkommandos anderer Regimenter hierhin verlegt werden. (O.-P.-A.-Z.)

Hagen, 29. Oktbr. [Adresse.] Nachfolgende Adresse ist unter dem heutigen Datum mit vielen hundert Unterschriften aus verschiedenen Orten der Grafschaft Mark bedeckt, an das kurhessische Volk abgesandt worden:

„Deutsche Brüder!

Ein dreifacher Gruß tönt aus unsern heimathlichen Bergen zu Euch hinüber. Gegrüßt seid Ihr, Ihr edlen Vertreter Eures Vaterlandes! Gegrüßt Ihr braven Offiziere mit Eurem ganzen pflichtgetreuen Heere! Gegrüßt Du biederes Hessenvolk in Deinem ruhigen Muthe und Deiner besonnenen Kraft!

Ihr bietet in diesem Augenblicke mit jenem Heldenvolke im Norden den einzigen Lichtpunkt in den weiten Gauen unsers Vaterlandes, worauf ein ächtes deutsches Herz noch mit Freudigkeit hinblicken kann.

Ihr facht den letzten ersterbenden Funken von Hoffnung in mancher Brust wieder an, zu einer Zeit, wo so viele, schöne Hoffnungen zu Grabe getragen sind, wo Lüge und Hinterlist den Sieg über so viel guten Samen davon getragen haben.

Ihr liefert den thatsächlichen Beweis, daß alle Selbstsucht, alle Lüge, alle Treulosigkeit doch nichts gegen den ruhigen, festen Willen eines Volkes vermögen, das mit Muth und Kraft für sein Recht und seine Freiheit steht.

Ihr wandelt den rechten Weg, auf dem ein Volk sein Recht bewahren und seine Freiheit erkämpfen muß.

Dank Euch dafür! Den ganzen Dank, den treue Herzen darbieten können, die ihre Bruderliebe zur Hochachtung und Bewunderung begeistern.

Heil Euch dafür! Wenn einst Deutschland entsteht wie ein Phönix aus der Asche; und die Zeit wird sicher kommen, wenn sich der schlafende Löwe einst schüttelt und alle die Erbärmlichkeiten, die eingewurzelten Vorurtheile, die egoistischen Sonderinteressen, die jetzt an seinem Marke nagen und seine Lebenskraft verzehren, von sich abschleudert, wenn einst Deutschland einig und frei wird, dann wird Euer Banner auf die obersten Stufen seines Kaiserthrones gepflanzt werden, dann wird das dankbare Vaterland Euch jubelnd zurufen: „Ihr seid die Vorkämpfer deutschen Rechtes und deutscher Freiheit geworden!"

So haltet denn fest! Haltet fest mit Hand und Herz! Laßt es nicht, das theuere Vaterland! Laßt es nicht, das köstliche Kleinod Eurer Verfassung, das Ihr erworben habt! Wenn auch große und schwere Anfechtungen über Euch kommen, Ihr werdet siegen, Ihr müßt siegen. Ihr habt das Recht auf Eurer Seite, und so wahr die finstere Nacht weichen muß, wenn die lichte Sonne am fernen Horizonte auftaucht, eben so wahr muß auch alle Lüge und Hinterlist und Treulosigkeit endlich an dem guten Recht des Volkes zu Schanden werden. Dann könnt Ihr um so stolzer aufblicken, wenn Eure Freiheit die Frucht der eigenen, mit ringender Mühe erworbenen Bildung ist, stolzer als alle die Völker, die sie als eine Blüthe der Erziehung, der Ueberlieferungen und der Sitte besitzen.

Haltet fest! O, daß wir mit unsern märkischen Bergen eine Mauer um Euch und Euer gutes Recht bauen könnten, an der alle Lüge und Treulosigkeit und Verrath müßten zu Schanden werden, von wo sie auch Eurem schönen Lande naheten. Aber wir können leider nicht die Berge bis an den Himmel thürmen, um der Arglist auch ihre letzten Schleichwege zu nehmen. Darum wahret Euch und haltet fest!

Wir können nur diesen Gruß aus der Ferne zu Euch hinübersenden, aber er möge Euch ein Zeichen sein, daß die Bewohner der Grafschaft Mark mit ihren Gedanken Euch zur Seite stehen und mit ihren besten Wünschen Euch auf dem schweren Wege, den Ihr jetzt gehen müßt, begleiten.

Darum unsern dreifachen Gruß!

Euch den Vertretern des Volkes!
Euch den Offizieren und Soldaten!
Euch allen treuen, hessischen Brüdern!

Hagen (in der Grafschaft Mark), den 27. Oktober 1850."

(Elberf. Ztg.)

Deutschland.

Frankfurt, 1. Novbr. [Verschiedenes.] Fürst von Thurn und Taxis weilte vorgestern Nachmittag und gestern Morgen in unserer Stadt. — Graf Rechberg ist ebenfalls hier wieder anwesend. — Der zugleich bei dem großh. hess. und herz. nass. Hofe als Geschäftsträger beglaubigte hies. k. preuß. Resident, Legationsrath v. Otterstädt wird dem Vernehmen nach seinen bleibenden Wohnsitz in Darmstadt nehmen. Der Legationsrath Graf v. d. Goltz ist deshalb von der preußischen Regierung provisorisch mit der Wahrnehmung der Funktionen des preußischen Residenten bei der freien Stadt Frankfurt beauf-worden, und hat derselbe das ihm in dieser Eigenschaft ertheilte Beglaubigungsschreiben heute dem älteren Bürgermeister Herrn v. Heyden überreicht. (Fr. J.)

** **Kassel**, 1. November. Nachmittags 5 Uhr. So eben trifft die Nachricht durch den Telegraphen hier ein, daß heute Mittag 11 Uhr 3500 Mann Baiern in Hanau eingerückt sind. Estafetten sind von hier aus nach Marburg &c. entsendet. — Man erwartet den Einmarsch preußischer Truppen. — Das Schützenbataillon hat Befehl, sich marschbereit zu halten. (Der Abmarsch des letzteren, so wie der Einmarsch der ersteren ist auf telegraphischem Wege gemeldet.)

Fulda, 31. Oktbr. [Ausmarsch.] Als unser Regiment, begleitet von sämmtlichen Bürgergardenoffizieren, auf seinem Ausmarsch an der letzten Anhöhe angekommen war, von wo aus man dir Stadt Fulda und ihre ganze Umgegend überschaut, ließ der Regiments-Kommandeur Halt und Front nach der Stadt machen und sprach, während die Mannschaft aufs tiefste ergriffen war, den Dank für die Theilnahme der Stadt und die Hoffnung aus, unter denselben Gesinnungen, unter welchen sie ausmarschirten, einst wieder einmarschiren zu können. Sein für Fulda ausgebrachtes Hoch hallte dreimal in den Reihen der Soldaten wieder. — Die von mir vorgestern erwähnte Adresse unseres braven Offizierkorps war gleichen Inhalts mit der Adresse der übrigen Offiziere des Armeekorps, welche unter Versicherung ihrer Loyalität die Bereitwilligkeit zur Zurücknahme der Entlassungsgesuche unter der Bedingung der Zurücknahme der verfassungsumstürzenden Ordonnanzen erklärte. (F. J.)

Aschaffenburg, 31. Oktober. Gestern Abend um 9 Uhr kam unter lautem Jubel der Bevölkerung das kgl. baierische 1. Infanterieregiment auf 3 Dampfschiffen von Würzburg hier an. Dasselbe hatte bisher in München garnisonirt und den Weg bis an den Main theils auf der Eisenbahn, theils in Eilmärschen zurückgelegt. Es wurde auf den umliegenden Ortschaften einquartiert. Die ganze Gegend ist jetzt so mit Truppen überfüllt, daß ein Theil derselben im Freien bivouakirt. (K. Z.)

△ **München**, 31. Oktober. [Großdeutscher Jubel. Jammervoller Zustand der baierischen Armee.] Die mit den Bundestagsideen Schwangergehenden sind entzückt über die telegraphische Depesche aus Berlin in der heutigen Allgemeinen Zeitung, wonach der Kaiser von Rußland erklärt haben soll, daß er einen Angriff auf die in Kurhessen einrückenden Baiern als eine Kriegserklärung von Seite Preußens betrachte. Sie, die sog. Großdeutschen, sagen nun frei heraus, daß die baierische Truppen-Aufstellung, so wie der projektirte Einmarsch in Kurhessen nichts als eine Demonstration gegen Preußen sei, um dasselbe zu bewegen, seine Unionsplane sammt und sonders aufzugeben und die freien Konferenzen eintreten zu lassen. Obige Demonstration hat aber nach dem eigenen Geständnisse des Finanzministers Dr. Aschenbrenner den baierischen Staatssäckel schon dermaßen in Anspruch genommen, daß den im Dezember zusammentretenden Kammern abermals ein Gesetzentwurf zur Bewilligung eines bedeutenden Anlehens vorgelegt werden wird. Außerdem laufen von der Main-Armee die betrübendsten Nachrichten über den Zustand der Truppen im Kriegsministerium ein. Das von hier ausmarschirte Kürassier-Regiment „Prinz Karl" mußte bei seiner Ankunft in Bamberg bis auf 60 Mann das Gepäck und die Sättel tragen und die Pferde in der Hand führen, da die übrigen sämmtlich aufgeritten und daher für den Augenblick auch felddienstuntauglich waren. Der Zustand bei der Artillerie ist kein besserer, und mußte deshalb die von Bamberg nach Aschaffenburg beorderte 12pfündige Batterie des 1. Artillerie-Regiments schon in Schweinfurt auf so lange Quartiere nehmen, bis die Pferde einigermaßen wieder hergestellt sind. Eine 6-Pfünder-Batterie des nämlichen Regiments konnte den Marsch wenigstens bis Ochsenfurt fortsetzen. Die Pferde sind nämlich größtentheils noch Remonten, die, kaum 2½ Jahr alt, von den Militär-Fohlenhöfen in der Schnelligkeit requirirt wurden, unbeschlagen zu den Regimentern abgegeben wurden, und nun, ohne die erste Schule der Dressur durchgemacht zu haben, Dienst machen und Strapatzen aushalten sollen. Hierher gelangte Privatbriefe melden auch, daß in der Main-Armee die größte Unzufriedenheit von Seite der Unteroffiziere und Soldaten herrscht. Während nämlich der Offizier die Feldzulage, folglich doppelte Gage bezieht, ist der Mannschaft vom ersten Unteroffizier abwärts täglich nur 3 Kr. gestattet worden. Mit dieser geringen Zulage und der äußerst spärlichen Löhnung von 7½ Kr. soll sich nun der Mann des Tages hindurch selbst verköstigen, da die Einquartierungen nur auf Dach und Fach geschehen dürfen. Daß diese übelangewandte Ersparniß bei unsern an Fleisch und Bier, überhaupt an Lebsucht gewöhnten Soldaten, die fette Quartiere zu bekommen hofften, die größte Unzufriedenheit erzeugt und diese bereits einen hohen Grad erreicht hat, ist demnach leicht erklärlich. — Das Feld-Laboratorium, welches schon mit Beginn dieser Woche zur Main-Armee hätte abgehen sollen, wird so großartig mit Munition versehen, daß es erst übermorgen abgehen kann. Inzwischen ist gestern aus dem Kriegsministerium Ordre ergangen, daß neuerdings 10,000 Mann mobil gemacht werden sollen. Ueberhaupt soll die ganze Armee auf den Kriegsfuß gestellt werden. — Sie werden bereits aus andern Blättern ersehen haben, daß die Ihnen in meinem letzten Briefe gemeldete Konfiskation des „Volksboten" nicht erfolgt ist. Die Behörden scheinen diesem Blatte demnach einen Freibrief ertheilt zu haben, auf die preußische Regierung schmähen zu dürfen. — Der seitherige Legationsrath bei der baierischen Gesandtschaft zu Hannover, Graf Quadt, ist hier angekommen. Man spricht davon, daß demselben eine anderweitige Verwendung bevorstehe.

Karlsruhe, 31. Oktober. [Erklärung des Ministers des Auswärtigen.] In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer war zum ersten Male der neue Ministerpräsident Frhr. v. Rüdt anwesend. Derselbe richtete an die Kammer folgende Worte:

Hochgeehrte Herren! Da ich heute zum ersten Male die Ehre habe, in Ihrer Mitte zu erscheinen, so halte ich es für meine Pflicht, einige wenige Worte an Sie zu richten. Vor Allem bin ich zu der Erklärung ermächtigt, daß die Enthebung des Hrn. Staatsministers Klüber von der Leitung des ihm bisher anvertrauten Ministeriums keinen sogenannten Systemswechsel in sich schließt. Was sodann mich betrifft, so habe ich die, unter den schwierigsten Umständen angetretene Stelle, zu welcher mich die Gnade Sr. königl. Hoheit des Großherzogs berufen, nicht gewünscht. Nur die unzweideutigsten Beweise eines unbedingten, mich hochbeglückenden Vertrauens Sr. königl. Hoh., die Gewißheit, die ich erlangt, daß ich mich der kräftigsten Unterstützung derjenigen Herren zu erfreuen haben werde, deren Kollege zu sein ich nunmehr die Ehre habe, daß wir einig Hand in Hand gehen können, mußten es mir als eine unabweisbare, wenn gleich schwere Pflicht erscheinen lassen, dem Willen meines gnädigsten Herrn persönliche Wünsche und Neigungen zum Opfer zu bringen. Ich verkenne die Schwierigkeiten nicht, die in einer Zeit, wie die gegenwärtige, nach den verschiedensten Seiten zu bewältigen sind. Aber was auch kommen mag, eins werden wir unverrückt zur Richtung unseres Handeln nehmen: das Wohl Badens und des mit ihm unauflöslich verbundenen Fürstenhauses. Die Politik der großherzogl. Regierung kann nur eine Politik der Offenheit, der Wahrheit, der Redlichkeit sein, des freundlichsten Entgegenkommens nach allen Seiten, eingegangene Verpflichtungen heilig achtend, Rechte, feststehende Interessen unseres Landes mit Festigkeit vertretend, und dann furchtlos nach innen wie nach außen. Dieses Land ist ein deutsches Land; wir stehen und fallen mit Deutschland; darum erstreben wir vor allem ein einiges Deutschland und stark, in einer kräftigen gemeinsamen Gewalt, unterstützt durch nationale Vertretung. Auf diesem Wege kann wohl eine freundliche Verständigung mit Ihnen, hochgeehrte Herren, nur leicht sein; auf diesem Wege werden Sie auch ferner uns Ihre Unterstützung nicht versagen.

Darmstadt, 31. Oktober. [Die Maßregeln] gegen diejenigen Beamten, welche als Mitglieder des aufgelösten Landtags für die Steuerverweigerung gestimmt haben, sind noch nicht erschöpft. Es würde inconsequent sein, nur gegen die vom Finanzministerium abhängigen Beamten (die Herren Bernbeck und Volhard) einzuschreiten. Wie wir eben hören, ist auch Hr. Oberstudienrath Professor Dr. Hillebrand zu Gießen (erster Vicepräsident der aufgelösten zweiten Kammer) in den Ruhestand versetzt. Weitere Absetzungen und Pensionirungen stehen noch bevor.

Leipzig, 2. Nov. [Der hiesige Börsenvorstand] veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Es ist von mehreren Seiten gegen den Börsenvorstand die Erwartung ausgesprochen worden, daß er gegen den das Interesse des gesammten deutschen Buchhandels gefährdenden Preßgesetzentwurf vom 10. September bei der königlich sächsischen Regierung Schritte thun möge; der Börsenvorstand hält jedoch einen solchen Schritt für erfolglos, nachdem schon die von dem Gesetze zunächst und am schwersten bedrohten Körperschaften Leipzigs (Buchhändler, Buchdrucker, Schriftsteller), sich in erschöpfender Weise dagegen ausgesprochen haben; **sollte jedoch wider Verhoffen dieser Entwurf in der That Gesetzeskraft erlangen, so wird es Sache der nächsten Generalversammlung sein, aufs neue darüber in Berathung zu treten, ob unter dem Druck eines solchen Gesetzes, Leipzig noch länger der Kommissions- und Speditionsplatz für den deutschen Buchhandel bleiben kann.** Leipzig, Berlin, München, 23. Oktbr. 1850. G. Mayer. G. Reimer. R. Oldenbourg. (D. A. Z.)

Hannover, 1. November. Die Hannov. Ztg. enthält im amtlichen Theile folgende „Ergänzung der amtlichen Nachrichten vom 28. Oktober 1850. Der Staatsminister v. Münchhausen, Vorstand des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, ist von Sr. königl. Majestät zugleich zum Vorstand des Ministeriums des königl. Hauses ernannt."

Oesterreich.

N. B. **Wien**, 2. November. In hiesigen diplomatischen Kreisen versichert man, daß russischerseits ein Gesandter für den deutschen Bundestag akkreditirt sei, und daß es nur einer Einladung Oesterreichs bedarf, um die Abreise dieses Gesandten nach Frankfurt herbeizuführen. Graf Gortschakof hat hierzu bereits alle Reiseanstalten getroffen. — Heute ist der 84ste Geburtstag des F.M. Radetzky. — Ein Kriegsministerialreskript vom 22. Oktober schreibt eine Konkurrenz-Verhandlung zur Verproviantirung der Festungen Theresienstadt, Josephstadt und Königgrätz aus.

[Wiener Börse.] (½5.) Der in mehreren Journalen zugleich nachdebruckte Artikel der ministeriellen Lithographie erschreckte Vormittag die Spekulanten, und 4½proc. werden mit 81—⅛, Nordb. mit 7¼—⅜ gegeben. Aber schon Mittags erholten sich wieder die Kourse, angeblich wegen der günstigen Depesche aus Berlin, in der That aber, weil trotz diesen Anzeichen noch immer Niemand an den Krieg glaubt. Die Kontremine deckte sich auch rasch wieder, und nach der Börse stehen die Papiere fester: 5proc. 93, 4½proc. 81½—¾, Nordb. 107¾—108. Gold, welches schon mit 128¼ genommen wurde, auf 127½ fiel, blieb 127¾. Silber 20—20¼. London 12.

Osmanisches Reich.

* **Von der bosnischen Grenze**, 24. Oktober, wird gemeldet: So eben erhalte ich einige zuverlässige Nachrichten aus Sarajewo und säume nicht, sie ihnen mitzutheilen. Der neu ernannte Vezir von Bosnien, Haireddin Pascha, war bis 14. d. M. in Sarajewo noch nicht angelangt. Omer Pascha hat von Stambul den Befehl erhalten, alle in seinem Heere dienenden magyarischen Flüchtlinge, es mögen sicheren Nachrichten zu Folge an 1500 Mann sein, unverzüglich nach Konstantinopel abzusenden, welches auch bereits geschehen sein soll. — Noch vor Anbruch des Winters werden 6 Bataillone Infanterie in Sarajewo erwartet, von welchen dann zwei Bataillone nach Mostar abgehen sollen. — Bosnien soll in 4 Paschaliks eingetheilt werden, in das von Travnik, Banjaluka, Zwornik und Bihac; der Vezir aber seinen beständigen Sitz in Sarajevo nehmen. Mustai Pascha Babic und Fazli Pascha Serifkovic sollen von der Civilverwaltung entfernt sein und beide als Feriks (Divisionsgeneräle) in Bosnien fungiren. Im Frühjahr wird eine allgemeine Rekrutenaushebung in Bosnien stattfinden und dann erst das Tansimat eingeführt werden. — Hafiz und Ali Pascha sind beide, wie es heißt, entschiedene Feinde nicht nur der einzuführenden Reformen, sondern Omer Paschas selbst, als Renegaten und Emporkömmling; was natürlicher, als daß es an Kabalen und Verrath nicht fehlen konnte. Berücksichtiget man nun die numerische Schwäche des Armeekorps Omer Paschas, umgeben ringsum von aufständischen Nahien und die höchst verdächtige Haltung der Bevölkerung von Travnik und Sarajewo: so scheint hinreichender Grund vorhanden, um sich die rückgängige Bewegung Omer Pascha's zu erklären. — In der Kraina herrscht eine gedrückte dumpfe Stimmung, sie gleicht der Ruhe vor dem Ausbruche eines Sturmes. (Ueber die Vorgänge zu Mostar, welches in der Herzegovina liegt, war man an jenem Punkte der Grenze, von wo diese Korrespondenz einlief, noch nicht unterrichtet.)

Frankreich.

Paris, 31. Oktbr. [Tagesbericht.] In der gestrigen Sitzung der Vertagungskommission fand eine lebhafte Debatte über das im Moniteur enthaltene Dekret der Versetzung des Generals Neumayer von der Pariser Armee statt. Mehrere Mitglieder verlangten vorzeitige Einberufung der Versammlung auf den 5. November. Es kam zu keinem Beschlusse. Die Kommission wird sich heute wieder versammeln, um die zur Sitzung eingeladenen Minister zu vernehmen. Da Dupin abwesend war, führte Faucher den Vorsitz.

Das Mitglied der Permanenzkommission, Alfred Nettement, bemerkt im heutigen Leitartikel seines Blattes „l'Opinion publique": „Es handelt sich weder um Disziplin, noch um Hierarchie, noch um Civilgewalt. Es handelt sich für die Verschwörer der Sippschaft um Erreichung ihres Zieles, um Verwirklichung des von Romieu im Voraus besungenen Zeitalters der Cäsaren. Wir aber wollen weder von Cäsaren, noch von ihrem Zeitalter etwas wissen."

Das Loosungswort der gesammten bonapartistischen Presse ist, die Entlassung Neumayers und die daraus entstandenen Verwickelungen als geringfügig zu betrachten. Man hofft so den General Changarnier herabzuwürdigen und das Publikum auf seine Entfernung vorzubereiten. Bei der großen Vertraulichkeit zwischen Normanby und Louis Napoleon stellen folgende Worte des gestrigen Londoner Globe die Absetzung Changarniers in nahe Aussicht: „Man kann Changarniers Entlassung erwarten. Die bedeutenden Politiker legen nicht so viel Gewicht auf Changarnier, als das leichtgläubige Publikum. Ohne Zweifel würde sein Rücktritt eine augenblickliche und starke Aufregung verursachen, bald aber an Wichtigkeit verlieren, da ihr die Weigerung, Disziplinargesetze verletzen zu lassen, zum Grunde liegt. Die Ordnungs-Partei der Nationalversammlung würde sich bald zu ihrer eigenen Sicherheit um seinen Nachfolger schaaren. Die Festigkeit des Präsidenten, mit welcher er den Befehlen seiner Minister Achtung zu verschaffen weiß, gäbe ihm nach dem ersten Stoße einen neuen Einfluß auf die Armee und würde allgemeines Vertrauen erwecken."

General Perrot dürfte auch ehestens abgesetzt werden. — Man stellt dies zu den Worten der „Patrie" über einen von ihr nachgedruckten Artikel des „Courrier français", welcher Auflösung aller Nationalgarden verlangt, in Beziehung.

Die republikanische Presse beschäftigt sich wenig mit dem Konflikte des Elysee mit Changarnier. „La Presse" erwähnt ihn kaum, „L'Evenement" bespöttelt ihn, „National" meint, mit solchen Vorzimmergeschichten brauchten sich die Republikaner gar nicht zu befassen, denn am Ende hätte doch Frankreich auch ein Wort darin zu reden.

Die Wohnung Neumayers ist förmlich umlagert. Deputationen von Offizieren und Soldaten aller Regimenter bezeugen ihm ihre Achtung. Neumayer war bei der Armee beliebt. Seine Absetzung macht böses Blut im Heere.

General Neumayer hat bestimmt die Annahme seines neuen Kommandos verweigert. Er wird in Paris bleiben, statt in sein neues Exil zu gehen. Gestern Abend hat er in diesem Sinne ein Schreiben an den Kriegsminister gerichtet.

Abends 7 Uhr. Die Permanenz-Kommission verlangte heute von Baroche Aufklärung über Neumayer's Absetzung, welche dieser verweigerte, weil diese rein administrative Maßregel gar nicht der Kontrole der Kommission unterliege. Alles schwieg!! Man interpellirte ihn abermals wegen der Lage des Landes und der Befürchtungen über die Absichten des Elysee. Er gab, wie gewöhnlich, beruhigende Versicherungen. Hierauf wurde derselbe entlassen. Die Kommission beauftragte dann ihr Mitglied Panast mit Abfassung eines genauen Protokolls und vertagte sich bis übermorgen Sonnabend, um das Protokoll zu prüfen und allenfalls einen Beschluß zu fassen. Der Kriegsminister war nicht erschienen.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 31. Oktbr. [Central-Auswanderungs-Verein für Schlesien.] In der gestrigen Sitzung wurden nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls von der vorigen Sitzung durch Becker zwei Dringlichkeitsanträge gestellt, und erhalten die Priorität vor der Tagesordnung, zu der man nach lebhafter Debatte übergeht, beschließend: der Vorstand möge die Anträge in Erwägung ziehen.

Von den hierauf eingehenden Mittheilungen heben wir hervor:

1. Behrend theilt mit, daß die Berliner Bahn vom 1. Jan. 1851 ab allen Reisenden kein Passagiergut gratis befördert.
2. Von Bremerhafen erfolgt die Mittheilung, daß das Haus Pokranz in Bremen, durch welches der Central-Auswanderungs-Verein stets seine Passagiere befördert, auch den zuletzt (am 22. Okt. d. J.) ausgewanderten in jeder Weise genügt, ja die Ansprüche schwer zufrieden zu stellender zu befriedigen weiß.
3. Aus Bremen wird das Verhalten mehrerer Gastwirthe gegen die Auswandernden geschildert und namentlich über Elvers wegen Verbreitung in ihrer Mehrzahl lügenhafter Berichte wenig Lobenswerthes mitgetheilt.
4. Ein Brief von dem ausgewanderten Kander an das Vereinsmitglied Patzig beschreibt die Reise von Breslau bis Bremen, empfiehlt den „Delphin" als ein ausgezeichnetes Schiff und giebt außerdem beherzigenswerthe Winke für Auswanderer.
5. Aus Texas gehen fortwährende Klagen über die immer kecker werdenden Indianer ein; Furcht und Schrecken herrscht in den Ansiedelungen und man beschwert sich, daß die Bundesregierung nicht energisch einschreitet. Wenn nicht von Washington aus endlich Abhilfe angeordnet wird, so muß der Haß gegen die Union neue Nahrung erhalten.
6. In Sakramento-City ist ein furchtbares Blutbad zwischen den sogenannten Squatters und den eigentlichen Besitzern ausgebrochen. Man erwartet, daß erstere unter ein Kriegsgericht gestellt werden.
7. Die Kolonisation der Ungarn in den vereinigten Staaten wird dort allgemein sehr günstig aufgenommen

Hierauf trägt Thiel einen Plan zur Auswanderung nach Texas vor, welcher, allerdings nur für Bemitteltere berechnet, doch durch die Vereinigung großartiger Kräfte, welche in ihrer Zersplitterung nur wenig zu leisten vermögen, auch großartige Resultate verspricht.

Wegen vorgeschrittener Zeit kann eine längere Debatte über das Vorgetragene nicht stattfinden und wird aus eben dem Grunde die Fortsetzung des Allardtschen Briefes für die nächste Sitzung vertagt.

C. W.

Fremden-Liste von Zettlitz's Hôtel.

Fürst Bibesko aus der Walachei. Graf von Igelström aus Stuttgart. Baronin v. Prittwitz aus Kasimir. Gutsbes. Donitsch a. Jassy. Kaufm. Ignatz aus London kommend. Kaufm. de Hohni aus Laibach. Kaufm. Hons aus Bingen. Fabrik. Jahn und Wilhelm a. Berlin.

Markt-Preise.

Breslau am 4. November 1850.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	60	58	55	50	Sgr.
Gelber dito	58	56	55	50	„
Roggen . . .	42	41	39	37	„
Gerste . . .	29	27	26	25	„
Hafer . . .	23	22	21	20	„
Rothe Kleesaat	12⅓	11⅚	11	9—10	Rtl.
Weiße Kleesaat	12½	12	10½	7—8	Rtl.
Spiritus . .	7⅓ Rtl. bez.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Börsenberichte.

Wien, 2. November. Die Börse Anfangs sehr flau und Fonds und Aktien ¼ à ½ % unter Notiz, erhob sich wieder zu derselben in Folge beruhigenderer Berliner Nachrichten. Eben so gingen auch London bis Fl. 12. 2, und Gold bis 128¼ gemacht, wieder zurück. Die andern Devisen jedoch behaupteten eine bedeutende Erhöhung gegen die Notirungen vom 31. Oktober. 5% Metalliques 92¾ bis ⅞, 4½ % 81$\frac{9}{16}$ bis ⅝; Nordbahn 107¾ bis ⅞; Hamburg 2 Monat 178; London 3 Monat 12.; Silber 120.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.